

# Vollesche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 518.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 194.

Montag-Ausgabe

Montag, 4. November 1901.

Geschäftsstelle in Halle a/S., Leipzigerstr. 27.  
Telephon Nr. 126.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 2.  
Telephon Amt VIIa Nr. 11404.

### Deutsches Reich.

Halle a. S., 4. November.

**\* Herr Chamberlain und die deutsche Armee.** Die Protestbewegung gegen die von dem englischen Stolonialminister Chamberlain gegen die deutsche Armee ausgesprochenen Schmähungen nimmt weiteren Fortgang. So veröffentlicht die „Kommersche Reichspost“ in Stettin folgenden ihr zugegangenen Aufruf:

„Die pommerische Hochschule in Greifswald hat gegen die unerhörte Schmähung, die der englische Minister Chamberlain in öffentlicher Rede gegen Deutschland, die deutsche Armee und ihre Kriegsführung 1870/71 geschleudert hat, zuerst mitgemacht und die Professoren und Studierenden in flammendem Aufruf zu einer Protest-Versammlung zusammengerufen, die in greifswald schon stattgefunden hat. Wohlbehalten die deutschen Kriegesvereine, die in erster Linie berufen sind, die freche Verleumdung von Tausenden ihrer Mitglieder zurückzuweisen, die mit Ruhm und Ehre bebodet aus dem glorreichen Feldzuge heimgekehrt sind? Eine große gemeinsame Protestversammlung sämtlicher Kriegesvereine Stettins und seiner Vororte sei die Parole! Der Urheber des Raubganges in Südafrika soll wenigstens wissen, daß unsere tapferen Krieger ihre Ehre und den deutschen Namen nicht durch englische Unverschämtheiten besüßeln lassen! Mehrere Kämpfer vom 1870/71.“

„Ferner wird aus Freiburg i. N. gemeldet, daß der dortige Divisions-Wärter Selgmann bei der Gedächtnisfeier in den Krieges-Gräbern die englischen Verunglimpfungen der deutschen Kriegführung im Kriege von 1870/71 zurückgewiesen hat. Wären Chamberlains Worte, so ährte er, wahr, so hätten wir sein Grab am Grabe unserer Toten zu heßen.“

**\* Oberbefehlshaber der verbündeten deutschen Heere war unser alter Kaiser, unter ihm die Heerführer Kronprinz Friedrich Wilhelm, Prinz Friedrich Karl, Kronprinz von Sachsen, Großherzog von Mecklenburg, General v. Manstein. Die Chamberlain'sche Verächtlichkeit involviert mithin eine Verleumdung unseres Königshauses in seinen namhaftesten Persönlichkeiten aus Deutschlands großer Zeit. Als im Jahre 1864 ein englischer Minister sich erlaubte, das Verhalten der sächsischen Truppen in Schleswig-Holstein zu tadeln, richtete der damalige sächsische Minister Herr von Besenhausen nach London, in der er für die Ehre der sächsischen Truppen mit voller Entschiedenheit der Sprache entrat. Wir hoffen, daß der Reichsminister des deutschen Kaisers, wenn er es nicht schon aus eigenem Antriebe gethan, bereits die Weisung erhalten hat, der englischen Regierung über den Eindruck, den die beleidigenden allerdings „unsermilitärisch“ Verächtlichkeiten eines Chamberlain in Deutschland gemacht haben, seinen Zweifel zu befragen. Unschädlich ist schon der Vergleich zwischen der englischen Armee in Südafrika und der deutschen von 1870 für letztere eine Verleumdung.“**

**\* Zum Zolltarif.** Ein Berliner Brief der in Karlsruhe erscheinenden „Süddeutschen“, erklärt gegenüber den Bestimmungen über die Ueberhebung der inneren Zölle, es sei völlig sicher, daß die Zolltarifvorlage baldigst nach seinem Zusammentritt an den Reichstag gelangt; nicht minder sicher sei, daß auch während der Reichstagsberatungen ein grundsätzlicher Umgriff im Sinne eines Berichtes auf die leitenden Motive des gegenwärtigen Tarifentwurfes von den verbündeten Regierungen nicht zu erwarten ist. Ebenso gewiß sei es, daß falls, der Tarif durch Festhalten an übermäßig agrarischen Wünschen zu Fall gebracht wird, er dennoch wiederkommen würde, und daß der Kaiser und sein Kanzler kein Absehen neuer Handelsverträge die Forderungen ausgleichender Gerechtigkeit zu Gunsten der Landwirtschaft verwerflich setzen wollen. Die zweite Lesung des Zolltarifgesetzes und des Zolltarifs ist nach der „Allg. Anz.“ Freitag Nachmittag in den Bundesrat auszusprechen beabsichtigt. Man nehme an, daß das Kammern des Bundesrats in der jetzt beginnenden Woche oder nachherstlich erst in übernächster Woche über die Vorlage beschließen werde.

**\* Konventionen und Zollpolitik.** Die in Polen abgehaltenen Generalversammlungen des Deutschen Zolltarifvereins der vereinigten Konventionen der Provinz Polen hat folgende Beschließung angenommen:

„Der geistlichen Verabschiedung eines neuen Zolltarifs und neuer Handelsverträge sind folgende Grundlagen zu geben: 1. Die Aufhebung des Zolltarifs ist als eine innere Angelegenheit des Deutschen Reichs zu behandeln. 2. Die Landwirtschaft ist eine nicht zu entbehrende Grundlage der Kraft des deutschen Vaterlandes, deren politischen und gesellschaftlichen Ordnung. Die deutsche Landwirtschaft ist durch die bestehenden Bestimmungen des Zolltarifs und der Handelsverträge schwer geschädigt. Die Gerechtigkeit wie das Wohl des Vaterlandes erfordert die Gewährung eines umfassenden und ausreichenden Schutzes aller Zweige der deutschen Landwirtschaft. 3. Notwendig ist ferner eine gezielte Entschärfung der Industrie. Verleihen ist der erforderliche Schutz zu gewähren. Bei den Maßnahmen zur Förderung der Industrie darf nicht zu weit gegangen werden, daß der

Landwirtschaft eine weitere Verschönerung und Schädigung zugeführt wird. Für die Industrie ist der Schutz vor Allen die Erhaltung eines tauffähigen inneren Marktes beachtenswert.“

**\* Das Kaiserliche Hoflager,** das bisher stets zu Beginn des neuen Jahres von Neuen Palais nach dem Schloß in Berlin verlegt wurde, wird in diesem Winter, wie es heißt, gar nicht nach Berlin kommen. Abgehend für diesen Entschluß ist in erster Reihe der Gesundheitszustand der Kaiserin, der es bedingt, daß sich die hohe Frau allem geräuschvollen Treiben künftighin fern hält. Der Aufenthalt im Neuen Palais ist in diesem Jahre auch angenehmer als früher, weil der niedrige Wasserstand des vergangenen Sommers das lästige Eindringen von Grundwasser in die Kellerräume verhindert hat. Wegen der Trauer um die Kaiserin Friedrich werden auch die Hoffestlichkeiten in Berlin eingeschränkt werden. — Die erste große Hofjagd wird, wie an anderer Stelle ausführlich mitgeteilt, am 15. und 16. ds. Mts. in der englischen Forst parkenden im Nammitz bei 14. Uhr nach der Kaser mit großem Gefolge und geladenen Gästen von Waldpark nach Waldhof Jävenitz und von dort zu Jagden nach Leßlingen gehen.

**\* Beim Kaiserpaar** war zur Abendstunde am Freitag im Neuen Palais bei Waldpark Frau von Trotha, Gemahlin des Hofmarschalls, geladen. Sonntags Vormittag von 9 Uhr ab hörte der Kaiser die Vorträge des Staatssekretärs des Reichsmarineamts und des Chefs des Marinekabinetts. Um 12 1/2 Uhr nahm Sr. Maj. die Rapporte der Leibregimenter und militärische Meldungen entgegen.

**\* Die Kaiserin** hat ihrem Dank für die Glückwunschkarte der Berliner Bürger für die in den folgenden Schreiben Ausdruck gegeben. — Auch in diesem Jahre haben sich Tausende von Berliner Bürgern durch ihren Eifer die verschiedensten Anhalten und Vereine, Korporationen und Kriegesvereine, Vereine, Schulen und Fabriken vereint, um ihr ihre freundlichen Glückwünsche zum Geburtstag in einer kunstvoll ausgestatteten Weise darzubringen. Auch hat dieses Reiches Königstatter und dankbarer Geminnung, besonders in diesem Jahre der Kaiser, tief bewegt und sich freudig bemüht, dem für die Anfertigung der Briefen zusammengetretenen Komitee, als die Unterzeichneten Meinungen aufzuzählen und herbeizuführen aus. Wenn unter Gottes Segen die Förderung christlicher Barmherzigkeit, die Pflege des religiösen Sinnes, sowie gütliche Wohlthätigkeitswerke in den letzten Jahren erste Schritte gemacht haben, so wäre es die treue, unermüdete, auf Gott gerichtete Arbeit, welche nicht nur innerhalb unserer christlichen Gemeinden geht und gefördert wurde, sondern auch das verfehlte und brüderliche Zusammenhalten vieler Tausende aller Kreise und Stände, welche in der am meisten weichen auszuweisen und die höchste ihre Pflicht erkennen. Wenn in diesem Sinne ständigen und Vorkommnisse in unserer noch so viel Noth und Elend bergenden Reichshauptstadt weiterhin treu und sich zusammenziehen, so wird uns Gottes Segen und Hilfe niemals fehlen, und die gemeinnützige Arbeit wird unserm Volk ein dauernder Segen werden. Neuen Palais, den 30. Oktober 1901.

**\* Der Kronprinz** traf am Freitag zum Besuch des Erzogherzogs von Baden in Koblenz ein und folgte in Gesellschaft des Erzogherzogs eine Einladung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz zur Frühstücksfeier. Darnach erfolgte die Rückfahrt nach Bonn.

**\* Am Laufe seiner jüngsten Audienz** beim Sultan brachte der deutsche Botschafter Freiherr Marschall von Bieberstein im Namen des Kaisers dem Sultan ein Schreiben, in welchem er die dem Sultan während seiner Audienz in Konstantinopel erwiesenen Ehren. Der Prinz hat in Konstantinopel während seines dortigen Aufenthaltes auf dem Schloß „Charlotte“ durch sein fröhliches, behagliches, aber trotz seiner Jugend angemessenes Auftreten, sowie durch sein Interesse für die verschiedensten Dinge und seine verhängen Fragen und Antworten in Hingebung und in tiefen Kreisen überhaup, sowie auch in der deutschen Kolonie den allerbesten Eindruck gemacht. Sein Verweilen in der türkischen Hauptstadt hat allenfalls ein freundliches Andenken hinterlassen. Die Wiener „Politische Korrespondenz“ glaubt noch zu wissen, daß im Laufe des nächsten Jahres der Prinz des deutschen Kronprinzen Wilhelm in Konstantinopel zu erwarten sei, welcher Besuch sich mit einer Palastreise verknüpfen dürfte.

**\* Prinz und Prinzessin Heinrich** von Preußen sind, von ihrer russischen Reise zurückkehrend, am Sonntag, 3. November zum Hof in Neuen Palais einetroffen.

**\* Aus dem Militärkreis.** Der Generalmajor Freiherr von Freisen-Willich, Kommandeur der 3. sächsischen Infanterie-Brigade Nr. 47, ist auf sein Abschiedsgeld zur Disposition gestellt. Zu seinem Nachfolger wurde der Generalmajor von der Armee von Uriezen ernannt, der bis vor Kurzem Regimentkommandeur war. Der Generalmajor v. d. Vorland der Maschinenabteilung des Reichsmarineamts, ist zum überzähligen 3. Landwehrbataillon beordert worden.

**\* Das infolge des Ablebens der Kaiserin Friedrich verfallene Ordensstatut** zur Einweihung des Marienburger Schlosses wird dem Vernehmen nach in Gegenwart des Kaisers und des Erzogherzogs Eugen von Dettlesried sowie unter Teilnahme der sächsischen Fürstentümer und der deutschen Hohenzollern-Mittler im Mai künftigen Jahres abgehalten werden.

**\* An Stelle Bengers** wurde der „Hrn. Volkstg.“ zufolge Dr. phil. et theol. Vater Fidelis von Stöping, derzeit Rektor der Dogmatik an der theologischen Schule in Weimar, zum Abt in Marienburg gewählt.

**\* Zum Fall Spana.** Als Verfasser der bekannten Artikel der Woche wird jetzt der Postler P. A. von genannt, der zur Zeit in Wien wohnt. Der Bischof von Münster überbrachte die den Kreisen des Staatssekretärs Manoppa hochwillkommene Nachricht, daß Bischof Tröben seine den

Seminarien gegebene Klage jurisdiktionen habe, nach Rom. Auch der Bischof von Hildesheim, in welchem er seine Gründe für den Rücktritt von der Bistricheit an der „Weltgeschichte in Charakterbildern“ darlegt, soll veröffentlicht werden.

**\* Reichstagswahl in Wirbichen.** Die Centrumpartei hat nach der „Hrn. Volkstg.“ den Landtagsabg. Guand Knud aus Aalen jetzt als Reichstagskandidaten in Aussicht genommen. In einer neuen Verammlung soll diese Kandidatur proklamirt werden.

**\* Die Heinen Spezialgesetz,** welche bisher dem Bundesrat zugegangen sind, enthalten kaum nennenswerte Änderungen. Es sind u. A. die des Reichsjustizamts, des Reichsmarineamts zc. Wegen Feststellung des Heeres- und Marine-etats lauern die Verhandlungen zwischen dem Reichsministerium und dem Reichsmarineamt einerseits, und dem Reichsjustizamt andererseits fort.

**\* Von den Ausführungs-Verordnungen zum Reichsbeschau-Gesetz,** die jetzt dem Bundesrat zugegangen sind, wie die „Allgemeine Reichs-Zeitung“ mitteilt, zunächst die Vorschriften über die Einfuhr und Unternehmung des ausländischen Fleisches und fettes fertiggestellt und erlassen werden. Der vor dem Reichsjustizministerium vorgelegte Entwurf dieser Ausführungs-Verordnungen voraussichtlich im Bundesrat nur ungeschieblich Änderungen erfahren dürfte, ist die Veröffentlichung und das Inkrafttreten der das ausländische Fleisch und fettes fertiggestellten Ausführungs-Verordnungen zum Reichsbeschau-Gesetz in Kürze zu erwarten.

**\* Die neue Ordnung der Preisprüfungen** an den höheren Schulen ist, wie die „Hrn. Volkstg.“ erzählt, vom Unterrichtsminister nunmehr vollzogen worden. Sie wird demnächst im Verlage der Buchhandlung des Waisenhauses der Friedrichs-Stiftungen in Halle als besondere Druckschrift erscheinen.

**\* Ueber den Handel mit Rosten fremder Staats-Intelligenz** ist nachstehende Verfügung des Ministers des Innern an die Regierungspräsidenten ergangen:

Nach den jüngster Zeit über das Treiben der Händler des fremden Staatsintelligenz mit erhaltener Berichten scheint es nicht allgemein bekannt zu sein, daß schon die bloße Uebersendung von Berichten der im preussischen Staatsgebiet nicht angelegenen Intelligenz zur Betreffung der im Gebiete des Deutschen Reichs (wenn auch außerhalb Preussens) wohnhaften Kaufmänner nach dem Gesetze vom 29. Juli 1885 genügt, ohne daß es eines wirklichen Erfolges der Anpreisung, d. h. des Abganges eines Rosten bedürfte. Jeder Sachverständigen erlaube ich anzudeuten, die nachgeordneten Polizeibehörden beim Annehmen gefälligst darauf hinzuwirken und sich mit entsprechenden Einwirkungen zu verhalten. Gleichzeitige muß ich darauf aufmerksam, daß in denjenigen Fällen, in denen trotz der Unterlegung des Gewerbebetriebs die ursprüngliche Firma fortgeführt wird, die Führung des Handelsbuches von Bedeutung erscheint, daß der angeführte Sachlage des letzten Firmeninhabers vor dessen Erlöschen ist, um daraufhin im Handelsbuche behufs Eintragung des Gewerbebetriebs vorzugehen oder auf Grund der §§ 35, 147 der Gewerbeordnung eine Vertragung des eigentlichen Firmeninhabers herbeizuführen.

**\* Staatssekretär Kraatz** und der Postministerverband. Der Vorstand des Postministerverbandes hatte bei Herrn Staatssekretär Kraatz einen Empfang nachgesucht, der demnach stattgefunden waren, nach dem Aussprechen des Herrn von Postminister der Postverwaltung werde das freiliche Verhältniß zwischen Verwaltung und Verband eine Prüfung erfordern und die Bekämpfung des Verbandes seitens der Postverwaltung wieder aufgenommen werden. Die Verhandlungen sind nach dem Empfang erfolgt worden. Herr Kraatz erklärte, daß der Verband eben so wenig gegen die Postverwaltung sei, als die Postverwaltung gegen den Verband, die nur bei ungetrübtem Vertrauen der Deuten zur Behörde und umgekehrt bestehen könne. Der Verband müsse hierzu nur beitragen, indem er mangelnde Aufstellungen berichtige und Zusätze mache. Er sei bestrebt, die Nachhilfe durch die Tageszeitungen entgegen, daß beim Staatssekretär die Feststellung ungeschieblich klar gemacht werden. Das sei eine unzureichende Behauptung. Wahrscheinlich sei die Vorbereitung verschiedener Herren, denen die angemessene Zeit vielfach zu knapp gewesen sei, eine unangenehme gewesen. Das habe der Erfolg den Erwartungen nicht entsprechen konnte, ist leicht einzusehen. Wer das Geman machen würde, müßte sich gründlich vorbereiten. Sollte etwas erreicht werden, so behübe es stets der Anfertigung. Von einer übertriebenen Strengung bei der Abnahme der Postungen könne keine Rede sein. — Die Wägen der „Deutsche Postg.“ hört, steht es nunmehr erledigt, daß durch den Etat für 1902 dem Reichstag die Mittel zur Verfügung stehen, um die anderweitige Festsetzung der Gehaltsfunktionen der Postassistentenklasse auf 1500, 1800, 2000, 2200, 2400, 2600, 2800, 3000 Mkt. vom 1. April 1902 ab durchzuführen zu können.

**\* Pensionfähige Dienstadt.** Der Kultus- und der Finanzminister haben angedeutet, daß auch Lehrern und Lehrkräften an öffentlichen Volksschulen und an öffentlichen Mittelschulen, welche im Dienstwege angetreten, demnächst aber wieder angestellt sind, die vor ihrer Entlassung liegende Civilwidrigkeit bei nachfolgender Pensionierung in Anbetracht als pensionfähige Dienstadt anzuerkennen ist.

**\* Änderung der diesseitigen Ziviltarife.** Die Eisenbahndirektionen sind vom Minister der öffentlichen Arbeiten aufgefordert, anzuregen, zu welchem Ergebnisse die Verhandlungen mit den Landesverwaltungen betreffen wegen Aufhebung der diesseitigen Ziviltarife und Zusammenstellung zweifelhafte Zugverbindungen für Land- und Zugheh geführt haben, welche Maßnahmen daraufhin getroffen sind und wie sich dieselben verhalten haben.

**\* Ergebnis der Volkszählung in Preussen.** Im „Reichsanzeiger“ wird die Nachzählung der endgültigen Ergebnisse der Volkszählung von

1. Dezember 1900 in Preußen veröffentlicht. Wie vor dieser Nachprüfung die Meldung belief sich am 1. Dezember 1900 die Bevölkerung in Westfalen in einem Moment auf 34 475 500 Personen, von denen 861 232 aktive Militärbefehlsmänner waren. Nach dem Geschlecht lebte die Gesamtbevölkerung sich folgendermaßen zusammen aus 16 971 425 männliche und 17 504 074 weiblichen Personen. Nach dem Religionsbekenntnis waren ortsansässig 21 817 577 Evangelische, 12 138 670 Katholische, 139 127 „andere Christen“, 392 322 Juden und 9813 „unbekannt“. Die Provinz Sachsen hatte 2 832 616, die Regierungsbezirke Magdeburg 1 176 372, Merseburg 1 189 825, Erfurt 1 416 419 Einwohner.

\* Ein Verdrängerprogramm für München. Prinz-Regent Luitpold von Bayern richtete ein Handzettel ein, das bayerische Staatsministerium, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Errichtung verschiedener Monumentalbauten nicht für jetzt, heißt für die Zukunft in Erwägung liege. Die Aufstellung des formellen Programms für diese Bauten sowie die damit zusammenhängende Erörterung über die Verwendung von im staatlichen Besitze befindlichen größeren Bauwerken und älteren Gebäudenkomplexen in München soll schon jetzt erfolgen. Die Errichtung derartiger Gebäude bedürfe eines ersten Schritt weiter auf den von König Ludwig II. eingeschlagenen Bahnen. Eine weitschauende und von großen Gesichtspunkten getragene Behandlung dieser Sache liege für die weitere Entwicklung Münchens von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Aufstellung dieser Programme und zur Entschiedenheit bei seiner Durchführung soll unter dem Vorsitz des Staatsministers Freiherrn v. Feiltsch eine größere Kommission gebildet werden, welcher Vertreter der Kunst angehörend seien. Prinz-Regent Luitpold behält sich vor, diese Kommission entsprechend zu verkleinern und mit gleichartigen Fragen in anderen größeren Städten Bayerns zu betrauen.

\* Bayern und die Arbeitslosigkeit. Minister Graf v. Crailsheim weist, um der Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu steuern, die Generaldirektion der Staatsbahnlinien an, alle im Bereiche der Eisenbahnverwaltung auszuführenden Bauarbeiten in jeder Weise zu beschleunigen und die noch in Bearbeitung befindlichen Bauarbeiten möglichst zu beenden, eventuell auch vorzeitig abzuschließen, um die Arbeitslosigkeit zu mindern. Die Ausführung der Bauarbeiten soll durch die Vermeidung von Arbeiter-Einstellungen ermöglicht, mit den Arbeitern für die Einführung des Doppelleistungsbetriebes in München und mit der Erweiterung der Orts-Telephonnetze fortzusetzen.

\* Annenbriefe. Die Staatsanwaltschaft in Stuttgart hat gegen das Urteil der Strafkammer in dem Prozeß gegen die Redakteure des „Rebellen“ Schmid und Fremb Revision eingeleitet. — In dem Prozeß teilte der Vertreter der Angeklagten übrigens mit, daß auch einer ihm vom preussischen Kriegsministerium zugegangenen Mitteilung nach die Angeklagten sich in dem Prozeß gegen die Angeklagten der sogenannten Hannecken-Stratagemen gestellt worden sei.

### Der französisch-türkische Zwischenfall.

Die französische Regierung hat die feste Absicht, dem Sultan Abdul Hamid zu Gemüte zu führen, daß Frankreich, eine Großmacht ist, die nicht, wie etwa Serbien und Montenegro, mit Anstrengungen hingehalten werden darf, wenn sie begründete Beschwerden erhebt, und die sich nicht mit Verdrängungen abfinden läßt, wo sie erhebliche Zugeständnisse und wo sie Genugthuung verlangt. Was zunächst die Grenzfragen betrifft, so hängt die ganze Debatte von der Haltung der Türkei in Ausland, und zwar von türkischer Seite, um die Wirkung ausgehen werden. Hierzu meldet ein Telegramm: Paris, 3. Nov. Die vor Kurzem hat Ausland orientierte hohe Einmündung in den französisch-türkischen Streitfall abgelehnt. Seit gestern liegen die Dinge jedoch anders. Beim russischen Botschafter in Konstantinopel Zinoview ist angefragt worden, ob Ausland darin einwilligen würde, für die dem Sultan zustehende türkische Bünde, welche die Türkei jährlich an Ausland liefert, teilweise andere Garantien zu erhalten wie die Hauptmächte aus den vier kleinasiatischen Staaten. Ein Teil dieser Bünde soll nämlich als Beweis eines, dem Sultan persönlich von der ottomanischen Bank zu gewährenden Darlehens von zwei Millionen dienen, und zur Zahlung der Bünde ein bestimmtes gesetzlich dringender Forderungen Verwendung finden. Ausland hat die Sache längst so kommen und hält jetzt die Idee seiner Gegenüber bereit. Alles kommt nun darauf an, ob die Ansprüche Münchens von der Türkei gewährt werden können, ohne, die es politisch für unsinnig, die Bünde zu fordern, die Bünde zu fordern, die man in Aussicht für gar nicht über die Bünde und Sache mit großer Spannung erwarteten Abmachungen erklären. Ausland dürfte den Vorschlag der Ottomanbank annehmen und Frankreich in die Lage versetzt werden, die Konventionen unterzeichnet zu bekräftigen.

Wie telegraphisch berichtet wird, hatte am Freitag Ministerpräsident Delcassé in Paris im Ministerium des Innern eine Besprechung mit dem Minister des Auswärtigen Deleassé und hierauf mit dem Marineminister de Lanens. Der Minister des Auswärtigen hat sich auch nach dem Einlage begeben und hatte dort eine Besprechung mit dem Präsidenten der Republik. Das Resultat dieser Verhandlungen ist zunächst ein durch die „Agence Haavas“ verbreitetes offizielles Kommuniqué, das uns wie folgt übermitteln wird:

Paris, 2. Nov. Heute Vormittag ist aus Konstantinopel eine Depesche eingetroffen, aus welcher hervorgeht, daß die Verbindung der Bünde zwischen der französischen Division und der türkischen Grenzwächter genügt hat, um der Pforte bezüglich zu machen, daß die französische Regierung fest entschlossen ist, die Türkei zu zwingen, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Sofort nach dem Bekanntwerden der von Frankreich gestellten Forderungen hat die türkische Regierung die Ministerpräsidenten Deleassé Kenntnis gegeben, daß die Angelegenheit von der Pforte geregelt sei, was dies früher bereits hinsichtlich der Angelegenheit Tatum geschehen sei. Nach folgendem Bericht des türkischen Botschafters in Paris, in welchem der Vertrag der Fortsetzung der Bünde zwischen der französischen Grenzwächter und der türkischen Grenzwächter zu erlangen. Doch die Division Caillaud ist jetzt unterwegs, und die französische Regierung will sie nicht zurückziehen und sich nicht mit unbestimmten Verpflichtungen der Pforte oder des Sultanen begnügen, die selten gehalten werden sind. Wie überdies bekannter, wird die französische Regierung die Unzufriedenheit ihrer Schritte in den türkischen Grenzwächtern dazu denken, um abgesehen von der Angelegenheit Tatum und der Duali-Angelegenheit, noch in türkischen Angelegenheiten die türkische Pforte mit der türkischen Regierung zu erreichen. Es handelt sich hier natürlich nicht um eine Gebietsabtretung, noch darum, irgendwie die orientalische Frage wieder zu eröffnen, sondern man will nur eine Wiederholung von Vorgängen verhindern, die den Frieden und der Bünde Frankreichs misbräuchlich und namentlich eine Wiederholung von Zwischenfällen, wie dem der diplomatischen Beziehungen.

Die letzten Befehle der französischen Regierung sollen dem Kommandeur des französischen Levent-Geschwaders durch ein Kanonenboot aus Canca übermittelt werden. Ein Telegramm meldet:

Paris, 3. Nov. Das französische Kanonenboot „Gambot“ verließ Canca, um, wie bekannt, dem Geschwaderchef Gallard die Küste der französischen Regierung zu überbringen.

Das „Echo de Paris“ veröffentlicht Mitteilungen eines Marineoffiziers, nach welchen die Division unter dem Befehl des Admirals Caillaud sich in der Nacht des 2. d. d. in einem An Bord haben soll. Die Division werde wahrscheinlich den Virus anlaufen, um Kofien einzunehmen und von dort nach Mytilene oder Smyrna gehen. Die Regierung habe durch ihr reiches Vorgehen verhindern wollen, daß die Türkei sich irgendwie auf den Empfang der französischen Flotte vorbereiten könne; es sei dies hauptsächlich im Interesse der Ausländer geschehen, die in den Häfenblöden und auf den Inseln wohnen, welche als Zielort der Aktion gelten.

Das deutsche Bureau läßt sich aus Konstantinopel melden, daß der Sultan in aller Eile den Eingang der Darbanelen sowie die Häfen von Saloniki und Smyrna habe hart besetzen lassen. Da eine Landung der französischen Truppen möglich erscheint, seien Sprengminen gelegt und Truppen mobil gemacht worden. Im ganzen türkischen Reich mache sich eine heftige französischfeindliche Bewegung erkennen, auch habe man für die in gewissen türkischen Städten lebenden Franzosen harte Bestrafungen.

Der „Gaulois“ veröffentlicht die Unterredung eines seiner Mitarbeiter mit einem hohen Beamten des Marine-Ministeriums, der erklärt, daß Admiral Gallard sehr strenge Befehle erhalten habe, die er genau ausführen werde. Für den Fall, daß die bloße Demonstration wirkungslos bleiben sollte, werde man die Kanonen sprengen lassen.

Der „Matin“ läßt sich aus London melden, der türkische Finanzminister werde in Kürze eine Anleihe von zwei Millionen Pfund aufnehmen, um die Erben Korondos und Tabinis zu befriedigen und der Ottomanbank Zahlung zu leisten.

Der Sultan hat in halbamtlicher Form Anerkennungen der Fortsetzung der Forderung der Angelegenheit Korondos machen lassen. Diese neuen Verhandlungen haben, wie man annimmt, nur den Zweck, die Regelung der Frage hinauszu-schieben, da keine ernste Garantie geboten wird.

Der Ausgang der Streitfrage liegt jetzt gänzlich beim Sultan. Es besteht wenig Wahrscheinlichkeit, daß im günstigen Falle dennoch eine befriedigende Antwort den Minister Delcassé zeitig genug erreichen wird, um ihm zu ermöglichen, die dem Admiral Caillaud gegebenen Instruktionen zu widerrufen.

Sonnabend Abend verlaute in Pariser politischen Kreisen, Frankreich werde nicht nur das Recht, sondern auch das politische Protokoll über Syrien verlangen. Es habe hierzu bereits die Zustimmung Auslands und sogar auch Englands erhalten. (?)

### Der Krieg in Südafrika.

Der Einbruch der letzten Niederlage in Südafrika in London ist wiederholend. Rittersers Meldung wirkt als ein Beweis an dem Beweise der Unfähigkeit des Herrschers von Gortmald. Das Kriegsministerium veröffentlichte die Depesche Rittersers so spät in der Nacht, daß nur einige Morgenblätter sie abdrucken und keines eine längere Besprechung darüber bringen konnte. Die Niederlage wird jedoch in den kurzen Kommentaren selbst von imperialistischen Mätern als eine der schwersten Katastrophen des ganzen Krieges bezeichnet. Man erwartet jetzt sensationelle Erregungen. — Es verlaute, außer den zahlreichen Verlusten an Toten und Verwundeten hätten auch mehrere hundert Mann in Waffen gekredet, die Soldaten hätten die Büten nach Bismarck zurückgehalten werden, um an ihnen Rache zu nehmen für die Hinrichtung der verschiedenen Burenführer. Es herrscht deswegen in England die größte Aufregung. Seit Sonnabend früh stand sich eine ungeheure Menge vor dem Kriegsamt, um nähere Einzelheiten zu erhalten, ein Bild, wie es aus den ersten Tagen des Krieges noch in aller Erinnerung ist. Wie groß die Erregung jenseits des Kanals ist, erhebt auch aus folgender Londoner Meldung. In einem Zustich von Bismarck verlor sich ein Sonnabend das Gerücht, daß englische Staat feinfanterie (H) und das Gebirg in den Boffpartisten werde für Kriegszwecke in Südafrika verwendet. Darauf wurden über eine halbe Million Mark zurückgezogen und niemand will weiter Einlagen machen.

Das Kriegsamt theilt noch mit, daß in dem Gefecht bei Verke-laage noch zwei Offiziere gefallen seien. Ferner sei noch ein verwundeter Offizier gestorben und noch zwei Offiziere seien verwundet worden.

Der Führer der Buren-Mission, welche den Anmarsch auf Oberst Benson machte, war Louis Botha. Derselbe hatte sich mit einem anderen Kommando vereinigt, welches kürzlich in der Nähe von Bethel operierte.

Der „Berliner“, Gehebe, der „heinahe“ schon in englische Gefangenschaft Gerathene, bringt seine Armee sich schon vollständig aufgelöst haben. Dieser ist also trotzdem fertig, mit einer Streitmacht von 1000 Mann sich auf seinen Gegner zu stürzen und dessen Nachhut zu vernichten. Was müssen die englischen Berichte über seine „Verlorenheit“ zusammengekommen haben. Höchst wahrscheinlich sind die englischen Truppen wieder in üblicher Weise in eine Falle gegangen, die ihnen die Buren gestellt haben. Näheres wird man erst dann erfahren, wenn Selbstverständlich wird die britische Verlustliste dann auch noch die gewohnte Ergänzung erfahren. In den Mitteilungen Rittersers vermissen wir heute ganz besonders die übliche Angabe über die Zahl der Gefangenen. Das läßt aber schwer vermuten, daß die ganze Nachhut, soweit sie nicht tot oder schwer verwundet war, sich nach englischem Kriegsbrauch den Buren ergeben und diesen ihre Kofien abgeliefert hat. — Wir sind gespannt darauf, was Joe Chamberlain nun wieder werden wird. Die Antwort Wolpas auf seine jüngste Ankündigung noch „strengerer Vorgehens“ hat er weg.

Wir verzeichnen noch folgende Telegramme: Pretoria, 2. November. Meldung des „Nederlandschen Bureau“. Hier ist die Nachricht eingegangen, daß Christiana Botha ein Führer der Aufständischen des Bezirks und Vetter des Generals Botha, in Bismarck gefangen genommen (H) worden ist. Botha war früher bei der Verwaltung von Natal angestellt und führte seit Beginn des Krieges ein Leben in der Wildnis. Pretoria, 2. November. Es wird ein Verzeichnis von 17 Burenführern veröffentlicht worden, gegen welche gemäß

der Proklamation Lord Rittersers vom August d. J. auf dauernde Verbannung erkannt ist. Haag, 2. November. Fischer, Wolmarans und Wessels begaben sich heute mit dem Legationssekretär van Boelhofen nach Hilversum, wo Leids sich seit gestern Abend aufhält. Es hatten heute mit dem Präsidenten Kriger in dessen Wohnung eine Besprechung.

Haag, 2. Nov. Die häufigen Beratungen zwischen den Burenführern erregen hier großes Aufsehen. Der Gegensatz der Beratungen wird streng geheim gehalten; man vermutet jedoch, daß letztere mit möglichen Friedensbestimmungen der politischen Regierung zusammenhängen.

### Ausland.

#### Ein Thronfolger geboren.

Prinzessin Albert von Belgien ist Sonntag Nachmittag von einem Prinzen entbunden worden, der den Namen Leopold erhält. König Leopold begab sich Nachmittag nach dem Palais des Princes Albert, um demselben zur Geburt des Sohnes zu beglückwünschen. Der König wurde auf der Fahrt durch die Straßen von der Bevölkerung lebhaft begrüßt.

#### Serbien.

Die Stuschnina nahm mit großer Mehrheit von der Majorität des Abgeordnetenshauses vorgeschlagenen Vorschlag an.

#### Griechenland.

Die Deputiertenkammer ist am 12. ds. Mts. einberufen worden.

#### China.

Wordingstag auf die Kaiserin? — Li-Hung-Lichung — Die Wandhuret.

Wie aus Peking Mitteilungen gemeldet wird, soll auf die Kaiserin-Wittve, als sie sich auf dem Wege nach Peking vor dieser Stadt über den Fluß setzen lassen wollte, ein Wordingstag angeordnet worden sein. Der Angreifer, dessen Waffe ein Speer gewesen sei, habe einen Belegter getödtet. Die Kaiserin jedoch sei unverletzt geblieben. Der Verbrecher werde niedergeschlagen. Der Hof hat gestern nach fünfjährigem Aufenthalt Peking verlassen. Prinz Schun ist auf seiner Rückreise in Shanghai eingetroffen. — Die europäischen Verträge Li-Hung-Lichung bezogenen Sonnabend Abend den Präsidenten des Senates als einseitig. Er leistet seit zwei Tagen an Augenweiden. Es ist möglich, daß die Verhandlungen wegen der Wahrung der Rechte der Kaiserin mit dem russischen Gesandten führt, durch seine Erklärung geführt werden. Alle anderen christlichen Beamten sind gegen die Übertragung von Zugeständnissen an Ausland, da sie fürchten, daß, wenn ein Vertrag abgeschlossen würde, auch andere Mächte, statt sich zurückziehen zu überlassen, entsprechende Vorteile für sich in anderen Provinzen verlangen würden.

### Telegramme.

St. i. Westr., 4. November. In Wohnhütten erschlug ein Maurer seine Ehefrau auf offener Dorfstraße. Der Täter wurde verhaftet.

Pretoria, 8. November. (Heimtelegraph.) Ueber das Gefecht am 30. Oktober wird weiter gemeldet: Die Buren gingen am 30. Oktober die Nachhut des Obersten Benion an und erbeuteten zwei Kanonen. Benion fiel bald nach Beginn des Kampfes, Woods-Sampson übernahm das Kommando, sammelte die Truppen und nahm eine Burenabteilung gefangen. Die Buren machten verwehrene Auftritte, die ganze Streitmacht der Engländer niederzuernten und gingen wiederholt gerade auf deren Linien los, wurden aber unter großen Verlusten (J) zurückgeschlagen. Die Gesamtverluste der Briten werden auf 200 bis 400 Mann geschätzt. Die Verwundeten der Engländer wurde schließlich aufrecht erhalten, bis Oberst Barton am 1. Nov. mit Verstärkungen eintraf, alsdann zogen sich die Buren zurück.

### Aus Nah und Fern.

Chinesische Tropfen. Der Vorkampfer „Kreisel“ hat 175 alte chinesische Bronzekanonen nach Deutschland gebracht, welche seiner Zeit auf dem Bauern von Beijing ihren Ursprung hatten. Die zum Teil gewaltigen Rohre wegen bis zu hundert Centner. Aus den daran angehängten chinesischen Schriftzeichen geht hervor, daß sie 200 bis 250 Jahre alt sind und in China von chinesischen Kanonengießern unter Anleitung von Jesuiten hergestellt worden sind. Auch eine höhere Kanone befindet sich darunter. Ferner hat der „Kreisel“ eine große Anzahl von Leuten, Soldaten und Munitionswagen der chinesischen Streitkräfte nach Deutschland gebracht. Wie verlaute, sollen die nur weniger reich verzierten Stücke der letzten Bronze wegen demnach zur Entlohnung gelangen, die übrigen dagegen als historisch wertvolle Kanonengestände dem Marine-Museum einverleibt werden.

Schwäbische Unfälle. In der Baderstraße Stuttgards (Wetter) hat sich ein gefährliches Unglück ereignet. Die Arbeiter Schmelzwerk aus Schwaben und Schwaben als Silberarbeiter rangen im Maschinenraum ihrer miteinander, um ihre Kräfte zu messen; dabei gerieten sie in einen Zwist, der zu nahe wurde, wurden erlegt, ins Bettel gebracht und schließlich zugrunde. Schmelzwerk war sofort tot, Schwaben noch nur leichte Verletzungen und hat nach einer Stunde im Krankenhaus.

Die Boykottbewegung der Dödarbeiter. Die Dödarbeiter von Marzelle beschließen, sich der Boykottbewegung gegen die englischen Schiffe anzuschließen und wollen eine dementsprechende Beschlüsse an. — Der Sekretär der Handelskammer von Genua hat dem Nationalkomitee für die Boykottbewegung in Haag telegraphisch mitgeteilt, daß die Dödarbeiter von Genua sich der Bewegung angeschlossen hätten. — Die Transporthilfen für die Buren angeordnet und sich bereit erklärt, den Boykott gegen die englischen Frachtschiffe mit allen Kräften zu unterstützen.

Feinden. Der „St. i. W.“ aus Konstantinopel gemeldet: Ein Trupp erbeutete aus Frankreich aus demselben Feinden den General.

Ehrenbürger von Trier. Nach einer Meldung der „St. i. W.“ aus Trier befindet sich das Städtchen „Kollmann“, den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Wasse, zum Ehrenbürger der Stadt Trier zu ernennen.

Kaisertroopie auf dem Kaiser. Die Wollschmiede „Dobrenje“ meldet: Am 28. Oktober ist im Kaiserhof ein bezauberndes Stück von einem russischen Kaiser drei Taler. Zwei derselben wurden an einen Polen geschickt, wodurch 170 Arbeiter und Fischer erlitten.

Nachtragliches vom Kaiser. Wie die „Deutsch-sölden Witter“ mitteilen, beehrt Reichsanwalt Dr. Koch in Stuttgart gegen den Schwaben des ersten Schwabens in Baden Leids Bescheid beim Reichsanwalt in Wien einen zu erheben.



